

RESOLUTION DER PERSONALVERSAMMLUNGEN

IM BEREICH DES STAATLICHEN SCHULAMTS NÜRTINGEN

AM 21.03.2023 und 29.03.2023

FÜR LEHRKRÄFTE UND SCHULLEITUNGEN GHWRGS

GRUND-, HAUPT-, WERKREAL-, REAL-, GEMEINSCHAFTSSCHULEN SOWIE SONDERPÄDAGOGISCHEN BILDUNGS- UND BERATUNGSZENTREN

LEHRKRÄFTE UND PÄDAGOGISCHES PERSONAL

Nicht nur vor dem Hintergrund der Krisen der letzten Jahre erleben wir gerade jetzt die ersten Auswirkungen des gravierenden Fachkräftemangels im Bildungssektor:

Jahrzehntelanger Investitionsrückstau und das Ausbleiben wirkungsvoller Strukturreformen und Anreize, um den Lehrberuf attraktiver zu machen, haben uns in eine handfeste Bildungskrise manövriert, deren Ausmaß wir trotz der momentanen Schwierigkeiten nicht einmal im Ansatz erfassen können. Die Ergebnisse der Klemm-Studie 2022 sind nicht alarmierend, sie sind ein Damoklesschwert über dem systemrelevanten Kulturbereich! Mehr denn je stehen die Gesundheit der Lehrenden und die Chancen der Schüler*innen auf dem Spiel.

10 Die Personalversammlung fordert:

- **Ein sinnvolles und transparentes Arbeitszeitmodell mit angemessener Entlohnung**

Das überholte Deputatsmodell wird den Anforderungen des Lehrerberufs nicht gerecht. Arbeit von Lehrkräften kann zuverlässig erfasst werden und muss neu bewertet und berechnet werden. Gleichwertige Arbeit muss gleich entlohnt werden!

- **Zeit für unser Kerngeschäft „Unterricht“ – Unterstützung durch multiprofessionelle Teams und entsprechende Ressourcenausstattung**

Den veränderten Anforderungen an Schulen kann nur mit den entsprechenden Ressourcen begegnet werden (z.B. ausreichend Lehrkräfte, Schulsozialarbeiter*innen, Schulpsycholog*innen, pädagogisches Betreuungspersonal, Verwaltungsfachkräfte, IT-Fachkräfte). Es ist unbedingt erforderlich, langfristig Mittel im Haushalt bereitzustellen, anstatt viele Millionen in kurz- bis mittelfristige Programme (Digitalpakt, Lernen mit Rückenwind, Referenzrahmen Qualität etc.) zu investieren.

- **Dauerhafte Erhöhung der VKL-Stunden und Einsatz von qualifiziertem Personal**

Diese Stunden müssen erst recht vor dem Hintergrund der erhöhten Flüchtlingszahlen aus der Ukraine tatsächlich stattfinden und dürfen nicht für die Kompensation von Lehrkräftemangel in den Regelklassen oder für kurzfristige Vertretungen genutzt werden. Außerdem ist hierfür genug qualifiziertes Personal vonnöten.

- **Die Wertschätzung von Politik und Gesellschaft, die wir nicht nur in Krisenzeiten verdient hätten.**

- **Eine gemeinsame Ordnung für den Quer- und Seiteneinstieg mit Qualifizierungsmaßnahmen, die Perspektiven und Qualität bieten sowie eine höhere Eingruppierung sicherstellen und Zeitausgleiche für Mentorentätigkeiten beinhalten.**

- **Sinnvolle und nachhaltige Konzepte zur Gesunderhaltung der noch vorhandenen Lehrkräfte anstatt "Verheizen der Restbestände".**

- **Bezahlung während der Sommerferien für die Lehramtsanwärter*innen im Anschluss an den Vorbereitungsdienst**

Zur Information: Großangelegte Investitionen wären möglich. Das Land Baden-Württemberg verfügt derzeit u.a. über 5,3 Milliarden Euro, die noch nicht in die Bewältigung von Auswirkungen der Corona-Krise investiert wurden.

TARIFBESCHÄFTIGTE LEHRKRÄFTE, SCHULLEITUNGEN UND PÄDAGOGISCHES PERSONAL

Die Personalversammlung fordert:

- 40 • eine Baden-Württemberg-Zulage für tarifbeschäftigte Lehrkräfte
- die Anerkennung von förderlichen Zeiten bei der Stufenzuordnung
- stufengleiche Höhergruppierungen
- vorbereitende und weiterführende Qualifizierungsangebote für alle Nichterfüller*innen / POL
- die Bezahlung über die Sommerferien für alle befristet eingestellten Tarifbeschäftigten
- 45 • Beschäftigungsperspektiven für befristet Beschäftigte, mehr Entfristungen nach Bewährung
- Arbeitnehmer*innengerechte Bruttowerte für Zulagen

FACHLEHRKRÄFTE / TECHNISCHE LEHRKRÄFTE

Die Personalversammlung fordert:

- 50 • **Berufliche Perspektiven für alle FL/TL durch eine deutliche Erhöhung der Beförderungsstellen**
- Die Zahl der Plätze im Aufstiegslehrgang muss erhöht werden und allen FL/TL offenstehen.
- Fachlehrkräfte und technische Lehrkräfte sollen sich in Zukunft unter Anrechnung der FL/TL-Ausbildung mit angemessenem Deputatsausgleich zur wissenschaftlichen Lehrkraft weiterbilden können.
- 55 • **Die Anpassung der Besoldung der im Dienst befindlichen FL/TL an die erhöhte Eingangsbesoldung**
- **Das Deputat der wissenschaftlichen Lehrkräfte der jeweiligen Schulart auch für die FL/TL**

SCHULLEITUNGEN

60 Schulleitungen sollen Schulen stärker gestalten und pädagogisch führen können. Das Berufsbild „Schulleiter*in“ muss wieder attraktiver werden.

Die Personalversammlung fordert:

- Unterstützung bei Verwaltungsaufgaben für alle Schulen
- Für die gestiegene administrative und bürokratische Arbeit brauchen Schulleitungen Unterstützung, beispielsweise durch eine Schulverwaltungsassistenz. Alle Grundschulen
- 65 brauchen endlich verlässliche Schulsekretariatszeiten und Verwaltungsfachpersonal.
- Mehr Anrechnung für immer mehr Arbeitsaufwand, administrative Tätigkeiten und neue Aufgabenfelder
- Schulleitungen müssen keine Klassenleitung übernehmen
- Schulleitungen müssen v.a. über ausreichend personelle und sächliche Ressourcen verfügen
- 70 können.

BERATUNGSLEHRKRÄFTE

Die Personalversammlung fordert:

- **Neubewertung der Anrechnung**
Grundlage für die Deputatsanrechnung darf nicht nur die Schülerzahl sein, sondern auch die
- 75 Anzahl der Schulen, die von der Beratungslehrkraft betreut werden.

LEHRKRÄFTE IM BEREICH SBBZ UND INKLUSION

Die Personalversammlung fordert:

- Die sofortige Umsetzung eines nachhaltigen Konzepts zur Gewinnung von mehr Sonderschullehrkräften
 - Klare Rahmenbedingungen für die Umsetzung der Inklusion
 - Vertrauen in die Expertise der Sonderpädagog*innen
- Bei der Feststellung von sonderpädagogischen Bildungsansprüchen muss die Einschätzung der beauftragten Sonderschullehrer*innen wieder mehr Berücksichtigung finden.

LEHRKRÄFTE AN REALSCHULEN

Die Personalversammlung fordert:

- **Angemessene Ressourcen und Perspektiven** für die Differenzierung und Betreuung der Schüler*innen auf **allen Niveaus**, insbesondere beim Übergang in die **Sekundarstufe I**
- **Angemessene Ressourcen bei der Vorbereitung auf die Abschlussprüfung ab Klasse 8**
- **Unterstützung der Kollegien** im Rahmen von multiprofessionellen Teams, auch im Bereich der Verwaltung
- Behebung der überfrachteten **Curricula des Bildungsplanes**
- **Eine Novellierung der Abschlussprüfungen** in Bezug auf ihre effektive **Passung zum Bildungsplan**
- **Faire Deputatsanrechnungen** für die Betreuung von **Prüfungsformaten**
- **Abschaffung der WBS-Projektprüfung** für Schüler*innen auf dem **M-Niveau** sowie **Beschränkung** der Durchführung bei Schüler*innen auf dem **G-Niveau** auf **10 Unterrichtsstunden**
- **Angemessene Ressourcen** für die massiv ansteigende Aufnahme **neuer Schüler*innen während des Schuljahres**
- **Entlastungen** im Umfang und bei der Durchführung **außerunterrichtlicher Veranstaltungen**

LEHRKRÄFTE AN GEMEINSCHAFTSSCHULEN

Die Personalversammlung fordert:

- **Bessere Ausstattung für den gebundenen Ganztag.**
Damit eine pädagogisch wertvolle Rhythmisierung umgesetzt werden kann, müssen die Lehrerwochenstunden für den gebundenen Ganztag mit dem gleichen Faktor berechnet werden. Es müssen zusätzliche Vertretungsreserven zur Verfügung stehen, um das Betreuungsangebot des Ganztags sicher stellen zu können.
- **Das Lerncoaching, die Lernentwicklungsgespräche und die Schullaufbahneempfehlungen entsprechend beim Deputat berücksichtigen.**
Wirksames Coaching, unterstützende Lernbegleitung und sinnvolle Schullaufbahneempfehlungen brauchen angemessene Ressourcen, wie es bereits im Koalitionsvertrag teilweise angekündigt wurde.
- **Angemessene Ressourcen für die Differenzierung des Unterrichts auf alle Niveaustufen sowie auf dem E-Niveau insbesondere für den Übergang in die Sekundarstufe II.**
- **Beratungskompetenz von Grundschullehrkräften erweitern.**
Hospitationen und Schulungen für Grundschullehrkräfte ermöglichen, um auch die Gemeinschaftsschule als Schulart hinreichend empfehlen zu können.
- **Ein parteiübergreifendes Bekenntnis zur Gemeinschaftsschule.**

LEHRKRÄFTE AN GRUNDSCHULEN

120 Die Personalversammlung fordert:

- Grundschulen müssen, wie andere Schularten, **Poolstunden zur Differenzierung** und Förderung erhalten, um u.a. der großen Heterogenität gerecht zu werden.

125 Die Erhöhung der Anrechnungsstunden für die Kooperation Kindertageseinrichtung/ Grundschule. Die Berechnung muss auf Grundlage der Anzahl der zu betreuenden Kindergartengruppen und -kinder erfolgen.

- Ethik- Unterricht ab Klasse 1.
- Für einen **gelingenden Ganzttag bestmögliche Qualitätsstandards** im offenen und gebundenen Ganzttag analog zu § 45 SGB VIII („Hortstandards“). Es müssen Arbeitsbedingungen geschaffen werden, die für Lehrkräfte sowie weiteres pädagogisches Personal attraktiv und dauerhaft leistbar sind.

130

- **Kindern der Vorbereitungsklassen muss eine Teilnahme am Ganzttag** möglich sein
- **Kinder der Vorbereitungsklasse müssen zum Klassenteiler der Regelklasse dazugezählt werden.**

135

- Mehr Anerkennung – **A13 auch für Grundschullehrkräfte** wie mittlerweile in 12 von 16 Bundesländern. Die Arbeit an Grundschulen ist nicht gleich, aber gleichwertig mit der Arbeit an anderen Schularten und muss angemessen bezahlt werden.

- Um dem Lehrkräftemangel entgegenzuwirken, müssen **mehr Studienplätze im Grundschulbereich ohne Beschränkung durch einen Numerus Clausus** geschaffen werden.

140

- Die Arbeitsbedingungen des attraktiven Berufs der Grundschullehrkraft müssen so geändert werden, dass er wieder ergriffen wird.

LEHRKRÄFTE AN HAUPT- UND WERKREALSCHULEN

Die Personalversammlung fordert:

- eine Aufstiegsperspektive für diejenigen Lehrkräfte, die dauerhaft an einer Haupt- oder Werkrealschule bleiben.

145

- Die Abschaffung der Ungerechtigkeit in der Bezahlung der Lehrkräfte an Haupt- und Werkrealschulen gegenüber der dort neu eingestellten Lehrer*innen.